



## **Elke Ferner**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Elke Ferner, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

## **Deutscher Bundestag**

PLH, Zi. 5737  
11011 Berlin  
Ansprechpartner/in:  
Michael Matzke, Julia Lenfers  
Tel: (030) 227 – 70 660  
Fax: (030) 227 – 76 660

## **Wahlkreis**

Talstr. 58  
66119 Saarbrücken  
Tel: (0681) 51060  
Fax: (0681) 52207

Berlin, den 26. Juni 2003

### **Rede am 26. Juni 2003 vor dem Deutschen Bundestag zum FDP-Antrag: Bergschäden regulieren – kohlepolitische Weichenstellungen vornehmen**

Anrede,

Dieser Antrag ist der klassische Schaufensterantrag!

Im Wahlprogramm der FDP wird noch gefordert, den Gesamtsubventionsbetrag für den Zeitraum 2002 bis einschließlich 2005 zu halbieren, danach keine Beihilfen mehr zu zahlen und auch betriebsbedingte Kündigungen in Kauf zu nehmen. Davon ist in Ihrem Antrag überhaupt keine Rede mehr und auch bei den Haushaltsberatungen 2003 haben Sie keinen entsprechenden Kürzungsantrag gestellt.

Die Debatte um Subventionsabbau wird scheinheilig geführt. Alle sind für Abbau. Wenn es konkret wird, konzentriert sich die Opposition im Deutschen Bundestag nur auf die Steinkohlefinanzierung .

Wir haben nichts dagegen, die Entwicklung der Steinkohlebeihilfen zum Maßstab des Subventionsabbaus zu machen. Von 1996 bis 2003 sind sie um 2 Mrd € zurückgegangen von 4,6 Mrd € auf 2,6 Mrd €; das entspricht einer Reduzierung von 43%. Im Jahr 2005 werden es noch knapp 2,1 Mrd € sein. Das ist eine Reduzierung von über 55% in nur 10 Jahren.

Im Jahr 1997 gab es bei der DSK noch 78.000 Beschäftigte – die Zielgröße für das Jahr 2005 sind 36.000 Beschäftigte. Das ist mehr als eine Halbierung der Belegschaft in nur 9 Jahren! Damit hat die Deutsche Steinkohle bereits erhebliche Vorleistungen erbracht.

Mit den Kohlebeihilfen werden nicht nur 46.100 (Stand Mai 2003) Arbeitsplätze bei der DSK gesichert, sondern - wenn man den Faktor 1,3 unterstellt- auch indirekt weitere 60.000 Arbeitsplätze. Das sind zusammen über 100.000 Arbeitsplätze, die direkt und indirekt mit dem Steinkohlebergbau zusammenhängen.



**Elke Ferner**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

---

Es ist ja ein beliebtes Argument die Summe der Kohlebeihilfen durch die Anzahl der im Bergbau Beschäftigten zu dividieren und dann auf einen Betrag X je Arbeitsplatz zu kommen. Das ist aber die klassische Milchbubenrechnung!

Es müssen auch die Arbeitsplätze mitgerechnet werden, die direkt und indirekt vom Bergbau abhängen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass Mehrwertsteuer, Unternehmenssteuern und Lohnsteuern anfallen und bei Kündigungen Arbeitslosengeld bezahlt werden müsste.

Vielleicht machen Sie sich einfach einmal die Mühe, und stellen diese Rechnung an und Sie werden sehen, dass Sie zu völlig anderen Ergebnissen kommen.

Die Kohlebeihilfen sichern auch eine hochmoderne Bergbautechnik am Standort Deutschland. Dieser Industriezweig hat einen Gesamtumsatz von 1,5 Mrd € und Weltmarktanteil von 30% am Export von Bergbaumaschinen.

Die Bergbauunternehmen sind auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor an der Ruhr und an der Saar. Das Auftragsvolumen der DSK im Saarland an die Zulieferindustrie betrug im Jahr 2001 273 Mio Euro, davon ging die Hälfte an saarländische Unternehmen.

Aus einem Gutachten von Isoplan aus dem Jahr 2001 geht hervor, dass im Saarland über 15.000 Arbeitsplätze (9000 bei der DSK und ca weitere 6200 Arbeitsplätze indirekt) vom Bergbau abhängen und damit der Bergbau auch heute eine tragende Säule der Saarwirtschaft darstellt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand ernsthaft zu den vorhandenen 50.000 Arbeitslosen im Saarland noch einmal weitere 15.000 Arbeitslose mehr haben will.

Auch die Kraftwerkstechnik hat riesige Fortschritte gemacht. Deutsche Kohlekraftwerke haben den besten Wirkungsgrad. Die Kraftwerkswirtschaft geht davon aus, dass Wirkungsgrade von 60% machbar sind. Das bedeutet: Klimaschutz und Einsatz von heimischer Steinkohle widersprechen sich nicht mehr.

Der Weltkohleverbrauch wird weiter zunehmen, insbesondere in den sog. Schwellenländern mit eigenen Kohlereserven. Deshalb hat die deutsche Kraftwerksindustrie die Chance, ihre Hochtechnologie in die Länder zu exportieren, die über eigene Steinkohlevorräte verfügen und ihren steigenden Energiebedarf auch mit Kohlekraftwerken decken werden.

In Ihrem Antrag fordern Sie Planungssicherheit für die Unternehmen. Das meine Damen und Herren von der FDP, kann ja wohl nur ein schlechter Scherz sein.

Diese Bundesregierung hat den 1997 vereinbarten Kohlekompromiss Punkt für Punkt umgesetzt. Das hat den Unternehmen Planungssicherheit gegeben. In Ihrer Regierungszeit haben Sie und die Union alle zwei bis drei Jahre wieder die gerade getroffenen Vereinbarungen in Frage gestellt. Das war alles andere als Planungssicherheit für die Unternehmen und die im Bergbau Beschäftigten.



**Elke Ferner**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

---

Auch die Anschlussregelung, die jetzt zwischen der Bundesregierung und dem Bergbau verhandelt wird, wird den Unternehmen und den Regionen Planungssicherheit bringen. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass wir die Finanzierung des Steinkohlebergbaus zwischen 2006 und 2010 sichern. Die Vorgaben von Brüssel sind dabei zu beachten. Das bedeutet, dass die Beihilfen weiter degressiv ausgestaltet werden müssen. Sie müssen aber nach unserer Auffassung auch so ausgestaltet sein, dass der dann notwendige Personalabbau sozialverträglich gestaltet werden kann.

Wir sind der Meinung, dass wir auch nach dem Jahr 2010 einen lebensfähigen und leistungsfähigen heimischen Kohlebergbau an Saar und Ruhr brauchen.

Wir brauchen auch im 21. Jahrhundert einen Sockel an heimischen Energieträgern für die Energieerzeugung. Dazu gehört auch die Steinkohle. Wir haben bereits große Fortschritte beim Ausbau der regenerativen Energien erreicht und wir setzen diesen erfolgreichen Weg fort. Wir wollen einen Energiemix ohne Kernenergie, mit einem wachsenden Anteil an regenerativen Energien, einem Sockel an Kohleverstromung – auch heimischer Kohle - mit besten Umweltstandards und hohen Wirkungsgraden insbesondere auch durch Kraft-Wärme-Koppelung. Wir müssen aber auch in Zukunft alle Anstrengungen unternehmen, die vorhandenen Energieeinsparpotentiale zu nutzen.

Ein Sockel an heimischer Steinkohle in der Energieerzeugung sichert nicht nur Arbeitsplätze in den Bergbauregionen sondern er sichert auch die deutsche Spitzenstellung in der Bergbautechnik und der Kraftwerkstechnik im internationalen Wettbewerb und damit Arbeitsplätze in diesen Industriezweigen.

Natürlich bringt der Kohleabbau auch große Probleme mit sich; insbesondere beim Abbau unter bewohnten Gebieten. Für die dort betroffenen Bürger und Bürgerinnen sind gravierende Belastungen mit dem Abbau unter bewohntem Gebiet verbunden. Auch die besten Entschädigungsregelungen können diese Belastungen allenfalls lindern nicht aber beseitigen. Auch wenn die ganz überwiegende Zahl der Fälle einvernehmlich reguliert werden kann, bleiben auch Fälle, die über Schiedsstellen oder vor Gericht geklärt werden müssen.

Hier besteht ein klarer Interessenskonflikt zwischen wirtschaftlichen und individuellen Interessen. Die Rahmenbetriebspläne geben den wirtschaftlichen Interessen den Vorrang. Das heißt aber nicht, dass die Bergbauunternehmen sich darauf ausruhen dürfen. Sie müssen dafür sorgen, dass unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit die Beeinträchtigungen für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten.

Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der FDP, ist ein reiner Schaufensterantrag und deshalb werden wir ihn auch ablehnen.